

Positionspapier zur Situation des Mittelbaus

Im Folgenden spricht sich die die deutsche Gesellschaft für das Studium britischer Kulturen (BritCult) für eine Stärkung des akademischen Mittelbaus aus. Diese Forderung entspringt dem dialogischen Selbstverständnis der Cultural Studies und geht einher mit demokratischen Ansätzen guter wissenschaftlicher Praxis.

Dialog als Anspruch

Seit ihrem Bestehen als akademische Disziplin verfolgen Cultural Studies den Anspruch, Machtstrukturen in sozialen Verhältnissen und kulturellen Praktiken offenzulegen und zu kritisieren. Dieses Bestreben ist seit jeher auch gegen überkommene Hierarchien und strukturelle Ausschlüsse im Bildungssystem gerichtet. Die Reflexion von zunehmend marktgläubigen und postdemokratischen Gesellschaften macht dabei nicht halt vor der Kritik an der Ökonomisierung im Bildungssektor, den Bedingungen universitärer Lehre und Forschung, mithin an der eigenen Rolle inmitten einer verstärkt als alternativlos konstruierten akademischen und gesamtgesellschaftlichen Wirklichkeit.

Einst aus der Erwachsenenbildung hervorgegangen, waren die Cultural Studies in Britannien eine entscheidende Kraft, wenn es um die Reform universitärer Bildung jenseits bloßen Wissenstransfers hin zu progressiveren Lehrformen und Lernstrukturen ging – progressiv im Sinne von inklusiv und dialogisch. Durch innovative Studiengänge, curriculare Reformen und die Einrichtung der Open University wurden neue Zugänge geschaffen; Partizipation wurde durch gleichberechtigte Diskussion unter Lehrenden, sowie zwischen Lehrenden und Lernenden, ermöglicht.

Mit diesem Anspruch erwiesen sich die Cultural Studies auch im deutschsprachigen Raum als widerständig: Die Analyse von Repräsentationen und Identitäten verstand sich stets im größeren Zusammenhang gesellschaftlicher Prozesse und Regulierungen; statt Expert*innentum wurde und wird das Ideal der/des öffentlichen Intellektuellen hochgehalten; dem Elfenbeinturm wird eine kritische Scharnierfunktion vorgezogen, die im öffentlichen wie im akademischen Raum gesellschaftliche Missstände zur Sprache bringt und Interventionen ermöglicht.

Ihre eigenen ideologischen Grundannahmen, Strukturen und Institutionen nahmen die hochgradig selbst-reflexiven Cultural Studies dabei nie von der Kritik aus. Akademisches Lehren und Lernen erweist sich in diesem Sinne als untrennbar mit Kultur und Gesellschaft verbunden. Der Ansatz der Cultural Studies ist somit durchaus problemlösend, Probleme müssen aber immer wieder neu beschrieben und in die Debatte eingebracht werden. Auf diese Weise entstehen selbst-reflexive Sphären, in denen sich auch Curricula, Ideologien und Strukturen der Bildung für Diskussion und Veränderung öffnen.

Geprägt und beeinflusst von Theoretiker*innen wie Raymond Williams, Stuart Hall, Angela McRobbie, Pierre Bourdieu, Gayatri C. Spivak und bell hooks, wurden oftmals verfestigte Rollenmuster von Lehrenden und Lernenden ins kritische Visier genommen

und der Prozesscharakter von Bildung betont. Diesem Anspruch gerecht zu werden, braucht neben Räumen auch Zeit. In diesem Sinne widersetzen sich die Cultural Studies der Befristung von Stellen als Leitbild, der Verschulung der Studiengänge sowie der zunehmenden Marktförmigkeit von Universitätsprofilen. Die vielbeschworene Einheit von Lehre und Forschung geht für die Cultural Studies einher mit einer egalitären und demokratischen Grundhaltung, bei der jede Hierarchie, wenn auch funktional oft nicht vermeidbar, als vorläufig angesehen werden muss.

Stärkung des Mittelbaus: Perspektiven jenseits von Befristung und Hochdeputierung

Die BritCult setzt sich im Sinne des dialogischen Anspruchs nachdrücklich für die Stärkung des Mittelbaus an Hochschulen im DACH-Gebiet ein. Der Mittelbau stellt eine unersetzliche Größe für das Funktionieren einer Universität dar; ohne seine Arbeit blieben eine Vielzahl der Tätigkeiten in Bereichen der Lehre und Selbstverwaltung unbesetzt. Der Mittelbau deckt nach wie vor einen Großteil der Lehrdeputate, insbesondere im einführenden Level ab. Zudem sind es oft Promovierende und Neupromovierte, die mit innovativen Projekten Akzente setzen. Ferner sind viele Angehörige des Mittelbaus in verschiedenen Positionen der universitären Selbstverwaltung aktiv, z.B. in Gremien und Kommissionen, aber auch in der Studienfachberatung und oder der Koordination ganzer Studiengänge.

All diese Aktivitäten im hochkomplexen Arbeitssystem der Universität finden zumeist parallel zur, bzw. auf Kosten der, eigenen Forschung und unter prekären Arbeitsbedingungen statt. Eine Stärkung des Mittelbaus, insbesondere durch dauerhafte und planbarere Vertragssituationen, kommt somit nicht nur dieser Statusgruppe zugute; sie gewährleistet vielmehr die kooperativen Arbeitsabläufe innerhalb der verschiedenen Fachbereichs- und Institutsebenen.

Verbände und Gewerkschaften fordern seit Jahren mehr Dauerstellen im Mittelbau, um den immer vielfältiger werdenden Anforderungen des akademischen Alltags gerecht werden zu können. Das 2007 in Kraft getretene Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) regelt in Deutschland die Befristung von Arbeitsverträgen des akademischen Mittelbaus auf überaus problematische Weise. In seiner aktuellen Form sieht das WissZeitVG in der Regel eine Höchstbefristungsdauer von 6 Jahren vor und 6 Jahren nach der Promotion vor; seit 2016 sind diese insgesamt 12 Jahre mit dem Ziel der Qualifikation (Promotion/Habilitation) verbunden. Die aktuellen Debatten zur Novellierung drehen sich um eine nochmalige Verkürzung dieses Zeitraums. Grundsätzlich gilt bis auf wenige Ausnahmen: Nach Ablauf der Höchstbefristungsdauer darf eine Person im wissenschaftlichen Mittelbau nicht mehr befristet angestellt werden. In der Realität führt dies fächer- und universitätsübergreifend dazu, dass Mitarbeiter*innen über Jahre hinweg Kettenbefristungen erleben und dann die (universitäre) Wissenschaft verlassen, weil es kaum unbefristete Mittelbaustellen gibt, die nach Ablauf der Befristung durch das WissZeitVG angetreten werden könnten.

Nicht vorgesehen ist nach wie vor eine grundlegende Reform dieser gesetzlichen Regelung oder die Schaffung von mehr Dauerstellen im Mittelbau. In diesem Sinne schloss sich 2023 auch die BritCult der Forderung der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien (DGfA) an, das WissZeitVG mittelfristig abzuschaffen und die Grundfinanzierung der

Universitäten zu stärken. Die Grundannahme des WissZeitVG, auf Fluktuation durch Befristung zu setzen und damit einer vermeintlich durch Dauerstellen verursachten „Verstopfung“ des Bildungssystems entgegenzuwirken, sind weiterhin zurückzuweisen. Wie die aufsehenerregenden Initiativen #IchBinHanna und #IchBinReyhan gezeigt haben, entsteht auf diese Weise Prekarisierung, nicht Innovation.

Aber auch die verstärkt eingerichteten Dauerstellen mit größtenteils extrem hohem Lehrdeputat (oft unter der irreführenden Bezeichnung „Lehrkräfte für besondere Aufgaben“ (LfbA)) führen keinesfalls zu einer Stärkung des Mittelbaus: Vielmehr fördern solche Ansätze die schleichende Abschaffung der – traditionell, aber immer noch zutreffend als Einheit von Lehre und Forschung gedachten – Idee universitärer Bildung. Gefördert wird vor allem Entfremdung, und statt Kreativität zu entfalten, droht den auf diesen Stellen Beschäftigten der Burnout.

Beachtung verdienen demgegenüber die von Vereinigungen wie dem Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss) und der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) eingebrachten Modelle, die bei erhöhter Grundfinanzierung planbare Karrieren jenseits der Professur vorsehen und dabei auf einen Abbau nicht hinterfragter Hierarchien setzen. Gerade auch eine verstärkte Orientierung an Department-Strukturen, wie sie aus der angloamerikanischen akademischen Kultur bekannt sind, kann hier wegweisend sein.

Die Rolle der Cultural Studies: Vielfältige Stimmen als kritisches Korrektiv

Die Bedeutung eines substanziell gestärkten Mittelbaus, zugunsten der Kreativitätsförderung und Diversifizierung der Institute, hat weitere Dimensionen, die die Präsenz und den Status der Cultural Studies im deutschsprachigen Raum betreffen. Die Situation der Cultural Studies im DACH-Gebiet ist hochgradig ambivalent. Einerseits befindet sich das Fach in seiner institutionalisierten Form, als Teilgebiet der Anglistik, seit Jahrzehnten in der Defensive. Kaum neue Professuren werden eingerichtet, ganze Lehrgebiete werden gestrichen oder durch die Schwächung des Mittelbaus beeinträchtigt. Dies steht einerseits im Einklang mit der Situation der Geisteswissenschaften generell, die sich hinsichtlich vermeintlich mangelnder Produktivität und Funktionalität zuweilen einem abstrusen Legitimierungsdruck ausgesetzt sehen. Andererseits gibt es sogar innerhalb der Anglistik stellenweise eine gewisse Reserviertheit gegenüber den Cultural Studies, deren Ansätze jenseits der grundständigen Lehre nicht immer zur vollen Entfaltung kommen.

Gegen diese inneren und äußeren Widerstände sollten sich Cultural Studies ihres Anspruchs als dialogisches, herrschaftskritisches und politisches Projekt vergewissern – nach ‚innen‘, indem dieser Anspruch in Studienprogrammen und Kursbeschreibungen kenntlich gemacht wird; nach ‚außen‘, indem sich die Cultural Studies – und die BritCult als ihr Verband – noch stärker als bisher in aktuelle Debatten einbringen. Angesichts der gegenwärtigen Debatten um Themen wie Gender und Migration, um verstärkt als Kulturkämpfe konstruierte Konflikte, um die ökologischen Herausforderungen für Kultur und Gesellschaft im Kontext einer immer stärker medialisierten und zunehmend digitalen Öffentlichkeit, können die vielen Stimmen der Cultural Studies als kompetentes Korrektiv und Wegweiser wirken.

Gute wissenschaftliche Praxis unter dialogischem Vorzeichen

Die sich fortwährend beschleunigende Wissensgesellschaft stellt auch die Cultural Studies vor neue Herausforderungen. Die aktuellen Debatten zu künstlicher Intelligenz erfordern einerseits die Bereitschaft, sich reflexiv mit völlig neuartigen kulturellen Formen auseinanderzusetzen. Andererseits gilt es angesichts des Potenzials von Hilfsmitteln wie ChatGPT, die Standards guter wissenschaftlicher Praxis zu verteidigen und gegebenenfalls zu überdenken.

Wichtig dabei ist, dass auch bei diesen Aushandlungen das dialogische Prinzip zum Einsatz kommt. Die gegenwärtige Situation wäre als Chance zu begreifen, in den Instituten und Fachbereichen normative Standards zu (re)artikulieren, unter Einbeziehung möglichst vieler Perspektiven und Stimmen. Dies erfordert Diskussionen auf Augenhöhe, an denen Professor*innen, Vertreter*innen des Mittelbaus, Studierende sowie das nicht-wissenschaftliche Personal beteiligt sind. Die Ergebnisse dieser Debatten könnten als Codes of Conduct fixiert werden, die den demokratischen Prozess dokumentieren und gleichzeitig die beschlossenen Kriterien und Maßgaben transparent kommunizieren.

Die Aufgabe der Cultural Studies ist demnach, die Möglichkeit offener, hierarchie- und barrierefreier Debatten innerhalb und außerhalb der akademischen Kultur aufzuzeigen und umzusetzen. Vielstimmiges Engagement lässt sich langfristig nur mit einem stabilen und diversen Mittelbau fördern, für dessen Stärkung sich die Gesellschaft für das Studium britischer Kulturen mit diesem Positionspapier nachdrücklich ausspricht.